

NEWS UPDATE



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

AUSGABE 02/2015

WILLKOMMENSKULTUR AKTIV MITGESTALTEN

In Sachsen gibt es derzeit zahlreiche Mobilisierungen gegen die Einrichtung neuer Asylunterkünfte. Im Gegensatz dazu gibt es jedoch auch viele Menschen, die sich für die Interessen von geflüchteten Menschen einsetzen und Möglichkeiten suchen, wie sie Unterstützung leisten können. Die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen begleiten diese Prozesse.

.....MEHR AB SEITE 3

STADT WERDAU ÄNDERT RICHTLINIEN

Das Kulturbüro Sachsen setzt mit seinen Mobilen Beratungsteams seit 14 Jahren Kommunalberatung zu den Themenfeldern Demokratieentwicklung und Rechtsextremismus in Sachsen erfolgreich um. Dabei beraten und begleiten die Kolleg_innen Kommunalpolitik und Verwaltung und führen Fortbildungen durch. Eines von vielen Praxisbeispielen kommt aus Werdau.

.....MEHR AB SEITE 6

INHALT

VORWORT

Vorwort zum Newsletter.....2

IN DER PRAXIS

Limbach-Oberfrohna.....3
Unterstützer_innenschulung.....4
Oschatz.....5
Böll-Stiftung.....6
Gesichtzeigen.....7
Nadis-Interview.....8
Schulung Polizei.....9
Tagung Nächstenliebe.....9

PROJEKTE

Diadem.....11
Empowerment post.migr. Jugendliche.....11

GASTKOLUMNE

Julia Schulze-Wessel.....12

AUF EINEN BLICK

Tagungen und Veranstaltungen.....13
Rezensionen und Publikationen.....14

VORWORT ZUM NEWSLETTER

„Bündnisberatung und Netzwerkarbeit in Sachsen“

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Partner_innen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

ich freue mich sehr Ihnen heute den zweiten Newsletter des Kulturbüro Sachse e.V. vor-stellen zu können.

Wir informieren Sie in diesem Newsletter über aktuelle Themen unserer Arbeit in Sach-sen diesmal mit einen Schwerpunkt der Beratung von Bürger_innen- und Willkom-mensbündnissen. Damit erhalten Sie einen weiteren Einblick in die Beratungs- und Netzwerkarbeit des Kulturbüro Sachsen e.V.

Politisch waren auch die letzten Monate in Sachsen von stark heterogenen Positionen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen geprägt, die von hasserfüllten Mobilisierungen gegen Asylunterkünfte bis hin zu einem unglaublich vielfältigen Engagement für geflüchtete Menschen in Willkommensbündnissen und Engagierten in Politik und Verwaltung reichen.

In den letzten Monaten wurde aber auch deutlich, dass sich das politische Klima in Sach-sen in verschiedener Hinsicht rasant verändert hat.

Auf der einen Seite wird rassistische Stimmungsmache hinter der Fassade des „besorg-tes Bürgers“ genutzt um die Grenze des bisher gesellschaftlich Akzeptablen so zu ver-schieben, dass sie an die Fundamente unseres Zusammenlebens rühren. Diese verstärk-te Sichtbarkeit von ressentimentgeladenen Haltungen und rassistischen Einstellungen in Sachsen bereitet den Boden für Anschläge und Übergriffe, wie in Meißen, Hoyerswerda und Freital zu sehen war. Das ist ein hausgemachtes Phänomen.

Auf der anderen Seite hat der sächsische Ministerpräsident mit seinen Besuchen in der Asylunterkunft in Freital und Meißen jetzt klare Position zu Asyl als Menschenrecht – auch in Sachsen – bezogen. Er hat in seiner Regierungserklärung die Perspektive der Geflüchteten und ihre Fluchtgründe vermittelt und Ursachen für hasserfüllte Stimmung in Sachsen klar benannt und verurteilt: „Ganz klar und deutlich: Rassismus ist eine Schande.“ Jetzt ist der Rahmen für Diskussionen in Sachsen zu Asyl wieder

klar gesetzt. Das ist umso wichtiger, verweist doch die Analyse „Sachsen rechts unten“ des Kulturbü-ro Sachsen e.V. auf eine nach wie vor stabile rechte Szene in Sachsen, zu deren Marken-kern die Verbreitung von Rassismus und der Versuch der Kriminalisierung von Asylsu-chenden gehört. Diese über 20 Jahre etablierter Neonazi Szene bildet mit Rassismus, Chauvinismus, Nationalismus einen Nährboden auf dem Pegida und Co. ihre rassistische Töne verbreiten konnten.

Die Gastkolumne von Prof. Dr. Julia Schulze Wessel ist deshalb ein wichtiger Betrag, weil er uns auf die Gestaltungskraft von Grundrechten und den mit ihnen verbundenen Ex-klusion- und Inclusionsmechanismen verweist.

Seit vielen Jahren arbeitet das Kulturbüro Sachsen e.V. mit Initiativen, Kommunal- und Landkreisverwaltungen und Willkommensbündnissen zu den verschiedenen Herausforderungen der Unterbindung und Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden in den sächsischen Gemeinden. Ein Bereich, für den das Kulturbüro Sachsen e.V. verschiedene Angebote in der Bündnis-und Vernetzungsarbeit, der Beratung und des Fachaus-tausches auf den Weg gebracht hat.

Zahlreiche Beispiele der Arbeit finden sie im jetzt vorliegenden Newsletter.

Der zweite Newsletter zeigt, dass in Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung viele bereit sind, sich für den Schutz von Minderheiten und Minderheitenrechten zu engagieren und somit Tag täglich daran arbeiten, dass Rassismus in Sachsen geächtet und als das be-nannt wird was er ist – eine Gefährdung für das politische Klima.

Ich hoffe sehr, Ihnen mit diesem Newsletter ein Informations- und Diskussionsangebot zu machen, was Ihnen tiefere Einblicke die Arbeit des Kulturbüro Sachsen e.V. ermöglicht.

Auf Ihre Reaktion freue ich mich.
Bleiben sie kritisch, streitbar und engagiert!

Grit Hanneforth



FÜNF JAHRE BUNTES BÜRGERFORUM FÜR DEMOKRATIE

AM 22. FEBRUAR JÄHRTE SICH ZUM FÜNFTEN MAL DER GRÜNDUNGSTAG DES BUNTEN BÜRGERFORUMS FÜR DEMOKRATIE.

Vor fünf Jahren mussten wir etwas tun, um auf den Rechtsextremismus in unserer Stadt aufmerksam zu machen: Die Überfälle auf unsere Kinder und ihren Verein, die „Soziale und Politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e.V.“, nahmen zu und von Stadtverwaltung und Polizei fühlten wir uns im Stich gelassen.

Nunmehr können wir auf einige ereignisreiche Jahre zurückblicken. In dieser Zeit haben wir viel erreicht und viel erlebt. Am Anfang stand natürlich unsere „Selbstfindungsphase“. Bei so vielen unterschiedlichen Personen zwischen 17 und 75 Jahren mit unterschiedlichsten politischen, weltanschaulichen und sozialen Ansichten und Hintergründen, verschiedenen Lebenserfahrungen und Erwartungen an das neue Bündnis musste erst einmal ein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Und das war nicht einfach! Einige sind im Streit gegangen, andere stillschweigend, weil sie mit unserem Grundkonsens und unseren Vorhaben nicht einverstanden waren. Und so ist es auch geblieben. Wir sind nicht immer einer Meinung und mit der Demokratie ist das so eine Sache – manchmal will und kann man sich nicht der Meinung der Mehrheit anschließen und macht sein eigenes Ding. Ausschließen mussten wir noch keinen, wer sich auf uns einlässt, weiß von vornherein, welche Ziele wir haben. Nur der Weg dahin bedarf manchmal einer Diskussion.

Wenn ich zurückblicke in die Anfangszeit – da hatten wir zu kämpfen, dass wir anerkannt oder wenigstens wahrgenommen wurden. Es gab Sprüche wie: „In Limbach gibt es keinen Rechtsextremismus.“ „Wir brauchen Euch nicht.“ „Ihr seid doch nur ein ferngesteuerter linker Haufen.“ Manchem im Ort wäre es lieber gewesen, wir wären bald wieder verschwunden oder hätten uns aufgelöst. In all den Jahren waren wir vielen Anfeindungen und noch mehr Vorurteilen ausgesetzt. Manche meinten, über uns urteilen zu müssen ohne jemals mit uns gesprochen zu haben. Selbsternannte „Ortschronisten“ ließen kein gutes Haar an uns. Mittlerweile werden wir wahrgenommen und gehört, zu unseren Veranstaltungen kommen manchmal auch Vertreter der Stadtverwaltung.

Vor fünf Jahren konnten wir nicht anders, wir mussten uns zusammentun, um etwas zu verändern, und das haben wir erreicht. Im Limbach wird etwas gegen Rechtsextremismus getan. Ob genug getan wird, und ob die Methoden die richtigen sind, darüber kann man geteilter Meinung sein. Aber Limbach ist in Bezug auf rechtsextreme Auswüchse sehr viel sensibler geworden.

Und es gab auch Positives: In all den Jahren haben wir viele interessante Menschen kennen gelernt und eine Menge Unterstützung und Zuspruch erhalten. Ein Höhepunkt war zweifellos die für uns völlig unerwartete Auszeichnung mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie im Jahr 2011.

Als eine unserer ersten Aktivitäten kurz nach der Gründung des Bürgerforums führten wir eine Gedenkveranstaltung im April 2010 zusammen mit dem Heimatverein Wolkenburg (einem Ortsteil von Limbach-Oberfrohna) zur Erinnerung an die Ermordung von Dietrich Bonhoeffer in der Wolkenburger Kirche durch.

Im Jahr 2012 konnten wir im Gymnasium die Ausstellung „Hass vernichtet“ der Menschenrechtsaktivistin Irmela Mensah-Schramm zeigen.

Im gleichen Jahr begann auch die Aktion „Grenzenlos farbenfroh“. Wir hatten es satt, ständig Nazi-Schmierereien an frisch renovierten Wänden zu sehen. Eine Frau aus dem Bunten Bürgerforum hatte die Idee, die Schmierereien mit farbenfrohen Bildern zu übermalen, und setzte diese Idee mit viel Engagement um. Für dieses Projekt konnte sie Lehrer und Schüler mehrerer Schulen gewinnen. Und auch in diesem Jahr meldeten sich wieder viele Schüler für die nächste Malaktion.

Genauso zur Tradition geworden ist die vom Bunten Bürgerforum im Jahr 2011 erstmals initiierte Kranzniederlegung am Ehrenmal der Opfer des Faschismus in Limbach-Oberfrohna. Auch in diesem Jahr folgten der Einladung etwa 30 Bürger und Bürgerinnen, Vertreter politischer Parteien und Kirchen.

Gut besucht waren unsere Veranstaltungen zur Vorstellung der Kandidaten für die Kommunal- und Landtagswahlen in der Parkschänke. Und in den letzten Tagen konnten endlich nach langer Vorbereitung die ersten Stolpersteine verlegt werden, die an Opfer des Naziregimes erinnern.



Stolperstein-Verlegung in Limbach-Oberfrohna im Frühjahr 2015

Seit 2012 geben wir mit Unterstützung der Amadeu-Antonio-Stiftung eine unabhängige Bürgerzeitung, den „Rückspiegel“, mit einer Auflage von 3000 Stück vierteljährlich heraus.

Die öffentliche Diskussion zu prägen, aktiv zu werden, persönliche Geschichten und politische Ermutigung – das sind die Ziele der Zeitungsredaktion.

Wir treffen uns einmal monatlich zu unserer öffentlichen Beratung, bei Bedarf auch öfter, sind außerdem über E-Mails und Facebook vernetzt und haben eine eigene Homepage. Besuchen Sie uns doch mal auf der Seite www.buntesbuergerforum.de!

Manuela Weis

UNTERSTÜTZER_INNENSCHULUNG

UNTERSTÜTZER_INNENSCHULUNGEN IM LANDKREIS SÄCHSISCHE SCHWEIZ-OSTERGERBIRGE

Im letzten Jahr entwickelten das Kulturbüro Sachsen e.V., der Arbeitskreis Mensch und Migration im Landkreis Nordsachsen und der sächsische Flüchtlingsrat e.V. gemeinsam ein Konzept für Pat_innenschulungen, dessen Umsetzung der Lokale Aktionsplan des Landkreises Nordsachsen förderte¹. Die Evaluation des Projektes „Pat-ten und Patinnen für geflüchtete Menschen“ machte Möglichkeiten der Weiterentwicklung deutlich. Beispielsweise möchten Menschen auf sehr unterschiedliche Weise unterstützt, nicht jede/r möchte Pat_in sein. Das Konzept wurde überarbeitet. Neben den Perspektiven des Flüchtlingsrates und des Kulturbüros flossen die professionelle Sicht der Flüchtlingssozialarbeit und Erfahrungen aktiver Pat_innen ein. So entstand das Konzept der Unterstützer_innenschulungen, welches das Kulturbüro Sachsen e.V. in Kooperation mit der AG Asylsuchende und den Flüchtlingssozialarbeiter_innen seit Beginn des Jahres im LK Sächsische Schweiz-Ostergebirge umsetzt.

Ziel ist es, Wissen zum Thema Flucht und Asyl zu vermitteln, die Situation geflüchteter Menschen und das Konzept des Landkreises vorzustellen, gemeinsam mit den Teilnehmer_innen Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten und zum Abschluss des Tages konkrete Verabredungen zu treffen. Die Menschen entscheiden selbst, ob sie nach einem Workshop eher Pate/in sein, in einem Willkommensbündnis mitarbeiten oder einfach nur Vorurteile und Meinungen bzgl. Flüchtlingen nicht unwidersprochen hinnehmen wollen. Sie haben eine Vorstellung davon, was die Aufgaben von professioneller Flüchtlingssozialarbeit sind und wo die Möglichkeiten und Grenzen ehrenamtlichen Engagements liegen. Die zum Abschluss getroffenen Verabredungen

reichen von Patenschaften, über ehrenamtlich durchgeführte Deutschkurse bis hin zum Start für die Gründung von Willkommensbündnissen. Seit Anfang dieses Jahres gründeten sich fünf neue solcher Bündnisse im Landkreis, die eng mit den hauptamtlichen Flüchtlingssozialarbeiter_innen zusammenarbeiten. Einzelne entstanden bereits bevor die ersten Flüchtlinge im Ort waren. Auf diese Weise konnte den neu Ankommenden ein wirkliches Willkommen gestaltet werden. Für die Unterstützung der Bündnisse z.B. Strukturierung der Arbeit, Fördermöglichkeiten, Austausch von Erfahrungen stehen das Kulturbüro Sachsen e.V. und die AG Asylsuchende auch weiter zur Verfügung. Zwischen Mitte Januar und Anfang Juli fanden die ersten sechs Schulungen für Unterstützer_innen als Tagesveranstaltungen in Freital, Pirna, Dippoldiswalde, Sebnitz, Stolpen und Bärenstein statt. Wir erreichten über 140 Menschen. Aufgrund der großen Nachfrage boten wir in einigen Orten z.B. Dohna noch zusätzliche Abendveranstaltungen an. Weitere Schulungen finden entsprechend dem angezeigten Bedarf im Herbst statt. Unser Ziel ist es, in allen Orten des Landkreises, in denen Flüchtlinge leben (werden), Unterstützungsstrukturen zu schaffen und den Austausch untereinander zu ermöglichen.

Inzwischen wurde außerhalb des Landkreises das Modell der Unterstützer_innenschulungen mehrfach nachgefragt und vorgestellt z.B. für im Flüchtlingsbereich ehrenamtlich Tätige der Sächsischen Landeskirche, bei Kommunalpolitiker_innen und in Willkommensbündnissen in Dresden. Seit März 2015 werden die Unterstützer_innenschulungen im Rahmen der lokalen Partnerschaften für Demokratie (aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“) vom Landkreis Sächsische Schweiz-Ostergebirge gefördert.

Petra Schickert



Unterstützer_innenschulung im Verein „Das Zusammenleben e.V.“, Freital, 17. Januar 2015, Foto: Karl-Ludwig Oberthür

¹-Siehe auch Franz Hammer, Willkommenskultur aktiv mitgestalten, in: NewsUpdate Kulturbüro Sachsen e. V.,



Die Oschatzer Flüchtlinge beim Besuch der Oschatzer Stadtbibliothek.
Quelle: Mediation & Marketing

OSCHATZ

WILLKOMMEN IN OSCHATZ

Im September 2014 lud das Ordnungsamt des Landkreises Nordsachsen Vertreter_innen des Oschatzer Bündnisses für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz, des Arbeitskreises Mensch und Migration im Landkreis Nordsachsen, der Evangelischen-lutherischen Kirchgemeinde St. Aegidien, des Stadtrates sowie Fachkräfte, welche Asylbewerber_innen sozialpädagogisch begleiten, ein. Es ging der Verwaltung darum, für die Eröffnung des Heimes, in dem ca. 60 Asylbewerber_innen untergebracht werden sollten, Akzeptanz und Rückhalt im Ort zu finden. Diese Unterstützung wurde schon bald notwendig: Bereits kurz nach dem Bezug des Heimes kam es zu rassistischen Übergriffen und Äußerungen gegen Asylbewerber_innen im Ort. Das Heim wurde mit Flaschen beworfen, Asylbewerber_innen wurde mit dem Auto der Weg abgeschnitten, Beleidigungen waren an der Tagesordnung. Dies hatte Folgen für die Betroffenen: Sie fühlten sich extrem verunsichert und hatten Angst. Neben den Übergriffen schlug ihnen im Ort insgesamt eine sehr ablehnende Stimmung entgegen.

In der Folge starteten das Oschatzer Bündnis und die evangelisch-lutherische Kirchgemeinde St. Aegidien eine Willkommensinitiative. Die neu in Oschatz angekommenen Menschen sollten aus ihrer Isolation geholt und im Ort für Verständnis für deren Situation gewonnen werden. Finanzielle Unterstützung erhielt die Initiative durch den Lokalen Aktionsplan des Landkreises Nordsachsen, den Projektfonds Flüchtlingshilfe der evangelischen Landeskirche sowie private Spenden. Dies ermöglichte das Engagement der Schwestern Anja und Susan Terpitz als Koordinatorinnen für die vielfältigen Aufgaben der Initiative.

Zum Auftakt fand eine Fortbildung für engagierte Menschen, welche Unterstützung bieten wollten, statt. In einem zweitägigen Workshop, inhaltlich gestaltet durch das

Kulturbüro Sachsen e. V., den sächsischen Flüchtlingsrat e. V. und den Jugendmigrationsdienst des Evangelischen Diakoniewerkes Oschatz-Torgau, erarbeiteten die Teilnehmer_innen gemeinsam rechtliche Rahmenbedingungen, die Situation der Asylsuchenden sowie Möglichkeiten und Grenzen des ehrenamtlichen Engagements. Gemeinsam wurden Absprachen zur Gestaltung der weiteren Arbeit getroffen.

In der Folge entstand ein großes Unterstützer_innen-Netzwerk, an dem sich rund 60 Menschen beteiligen. Es gab und gibt verschiedenste Begegnungsmöglichkeiten, um einander kennenzulernen und zusammen mit den Asylsuchenden Ideen zu entwickeln: gemeinsames Teetrinken, gemeinsame Ausflüge in die Umgebung, Kirch- und Stadtführungen, ein Fahrradtraining für Kinder, gemeinsames Musizieren mit der Musikschule, regelmäßige Fußballnachmittage, ein Besuch der Oschatzer Feuerwehr... Es gelang der Initiative, die Sportvereine für die neuen Oschatzer_innen zu öffnen, Fahrräder bereitzustellen und Sprachunterricht in verschiedenen Kursen anzubieten. Daneben sorgt die Initiative für Aufklärung, z. B. durch thematische Veranstaltungen und positive Berichterstattung in den lokalen Medien, denn häufig entstand Ablehnung der Alteingesessenen aus Unkenntnis der Situation der Asylsuchenden. Dies zeigte sich unter anderem in der Sprechstunde des Bürgermeisters.

Die Koordinatorin Susan Terpitz schätzt die Situation heute folgendermaßen ein: „Die Situation für die Asylsuchenden hat sich deutlich verbessert. Die Angebote, die durch das Bündnis, die Kirchgemeinde und Sportvereine gemacht werden, holen Menschen aus der Isolation und ermöglichen eine lebendige Willkommenskultur im Ort. Gerade entstehen die ersten Patenschaften zwischen Familien. Trotzdem gibt es noch eine Menge Arbeit für uns, denn noch immer kommt es zu Ausgrenzungen im Ort.“

Franz Hammer

BÖLL-STIFTUNG

SICH SELBST WEITERENTWICKELN

Seit Beginn des Jahres 2014 ist eine bundesweite Fachkommission unter Beteiligung des Kulturbüro Sachsen e.V. zu Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit tätig.



Foto: Jan Bitter

Im Konferenzzentrum der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin fanden die Treffen der Fachkommission „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ statt.

Die wissenschaftlichen und praktischen Ansätze der kritischen Rassismusforschung, der Antidiskriminierungsarbeit und der Prävention gegen Rechtsextremismus laufen in der Bundesrepublik seit vielen Jahren nebeneinander und grenzen sich voneinander ab. Tatsächlich ist es so, dass in allen drei Feldern eigene Ansätze, Annahmen und Methoden ihre Berechtigung haben. Übersehen oder unterbelichtet bleiben dabei oft die Potenziale, die im gegenseitigen Austausch erschlossen werden könnten.

Eines der Ziele einer bundesweiten Fachkommission des Stiftungsverbundes der Heinrich-Böll-Stiftungen war es deshalb, dass die praktischen Arbeitsansätze und die wissenschaftlichen Erkenntnisse der verschiedenen Bereiche einander besser begegnen. In der Arbeit für eine menschenrechtsorientierte Demokratieentwicklung sind die Nutzung von Synergieeffekten und die Bezugnahme auf die unterschiedlichen Stärken für die zukünftige Umsetzung hilfreich. Zudem stellen die Erkenntnisse zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) eine Zäsur nicht nur für staatliche Behörden, sondern auch für zivilgesellschaftliche Strukturen dar. Es bedarf der selbstkritischen Überprüfung und Weiterentwicklung der eigenen Instrumentarien und Methoden, die dazu geeignet sind, Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zurück zu drängen.

In der Fachkommission „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ des Stiftungsverbundes arbeitet ein interdisziplinäres Team von Expert_innen aus der Wissenschaft, der praktischen Arbeit und der Politik zusammen. Beteiligt sind u.a. die Akademie des Jüdischen Museums Berlin, die Forschungsstelle Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf, die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, das Fanprojekt Bremen e.V., der Lehrstuhl für Soziale Arbeit für Gruppen und Konfliktsituationen der Hochschule Niederrhein, das Institut für Demokratieentwicklung, der Dachverband der Mobilen Beratung, die Amadeu-Antonio-Stiftung, Bundestagsabgeordnete und weitere Fachleute. Das Kulturbüro Sachsen e.V. moderiert diese bundesweite Fachkommission seit Beginn des Jahres 2014 und bringt seine Expertise in das Gremium ein.

Die Fachkommission bearbeitet und diskutiert unterschiedliche Fragestellungen zum Themenkomplex „Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit“ exemplarisch für ausgewählte gesellschaftliche Bereiche. Dazu wurden bisher drei Policy Paper zum Thema Gemeinwesenarbeit und Demokratie², zur Rolle des Staates und zur Rolle von Bildungseinrichtungen in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit veröffentlicht. Im Spätsommer 2015 werden zwei weitere Policy Paper zur Aufgabe Politischer Bildungsarbeit und zur Rolle der Jugendsozialarbeit erscheinen. Die Veröffentlichungen dokumentieren Diskussionsstände und Empfehlungen für die zukünftige Umsetzung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Arbeit in den jeweiligen Bereichen. Ziel ist, dass politische Entscheider_innen sich mit den Themen befassen und Impulse für eine Weiterentwicklung auf Grundlage bisheriger Erfahrungen aus der Praxis und Wissenschaft gegeben werden. Ausgehend von diesen exemplarischen Analysen wird es im Jahr 2016 eine Abschlussdokumentation und eine bundesweite Konferenz geben, auf welcher die Ergebnisse auch auf andere Felder der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit übertragen werden.

Das Policy Paper Gemeinwesenarbeit und Demokratie beschreibt u. a., dass es neben der Fokussierung auf gesellschaftliche Einzelbereiche (Jugendarbeit, Schule, Verwaltung, Verbände, etc.) Handlungsansätze geben muss, die die gesamte Gesellschaft in den Blick nehmen. Die sozialräumliche Praxis einer menschenrechtsorientierten Demokratieentwicklung muss in der Lage sein, funktionale Äquivalente für fehlende Anerkennungsstrukturen und Selbstwirksamkeitserfahrungen in der konkreten Lebenswelt der Menschen zu entwickeln. Dabei geht es um die Unterstützung und Förderung von Diskriminierung Betroffener bei ihrer Selbstermächtigung. Die Kommission kam in diesen Zusammenhang u.a. zu dem Ergebnis, dass solche lokalen Handlungsstrategien einer externen Begleitung bedürfen, die durch Mobile Beratungsteams geleistet werden kann.

Michale Nattke

GESICHTZEIGEN

GESICHT ZEIGEN – NETZWERK FÜR DEMOKRATISCHES HANDELN IN PENIG, LUNZENAU UND UMGEBUNG



Schüler_innen des Freien Gymnasiums Penig beim historischen Spurengang zur Geschichte des Außenlagers des KZ Buchenwaldes in Penig-Oberhain

Nach einem Streit mit einem Mitschüler an einer Mittelschule in der Region Penig / Lunzenau rief eine Jugendliche, die selbst (neo-)nazistische Positionen vertrat, ihren Freund an. Auf dem Weg von der Schule zur Bushaltestelle nach Unterrichtsende griffen drei Personen den Schüler tödlich an und verletzten ihn schwer. Die Täter waren dem (neo-)nazistischen Spektrum zuzuordnen. Dieser Überfall ereignete sich Anfang des Jahres 2012.

Der Angriff führte unter den Pädagog_innen, Schüler_innen und Eltern der Schule zu Sorgen hinsichtlich der Sicherheit der Schüler_innen und zu Fragen nach dem Agieren von Menschen mit (Neo-)Nazi-Positionen in der Schule und deren Umfeld. Die Schulleitung zeigte sich verantwortungsbewusst, informierte die Schüler_innen und die Öffentlichkeit. Zudem organisierte sie einen Elternabend, um die Situation transparent zu machen. Eingebunden in diesen Prozess waren das Team der Chemnitzer Beratungsstelle für Betroffene von (neo-)nazistisch und rassistisch motivierten Übergriffen der RAA Sachsen e.V. und das Mobile Beratungsteam Südwest (MBT) des Kulturbüro Sachsen e.V. Das MBT begleitete die weiteren Schritte: Im Anschluss an den Elternabend wurden kommunal Verantwortliche, Eltern und Interessierte aus Penig, Lunzenau und Umgebung angesprochen.

In mehreren Treffen klärten die Teilnehmer_innen ihre Problemwahrnehmung in der Region. Neben klaren Beschreibungen lokaler und regionaler (Neo-)Nazi-Strukturen wie den „Nationalen Sozialisten Lunzenau“ gab es ebenso eher wenig spezifische Wahrnehmungen zu potentiellen „extremistischen“ Bestrebungen. Damit waren u. a. auch Menschen gemeint, die (neo-)nazistische Strukturen aus einer persönlichen Betroffenheit durch erlittene Übergriffe klar beschrieben. In der zweiten Jahreshälfte 2012 zogen sich Vertreter_innen der Polizei, des Landkreises und der Stadtverwaltungen sowie einzelne ehemals Interessierte zurück, da die Runde zu „einseitig“ auf (neo-)nazistische Haltungen und Handlungen ausgerichtet sei, „extremistische“ Strukturen in der Region und deren „Gefährdungspotential“ nicht in den Blick genommen würden. Andere empfanden die Diskussionen zur Klärung des Anliegens als zu schleppend.

Mit dem Jahreswechsel 2012/2013 gründeten die verbliebenen Interessierten aus Kirche, Sportvereinen, Kommunalpolitik, Lehrer_innen, Schüler_innen und der Bürger_innenschaft eine Initiative unter dem Namen „Gesicht zeigen – Netzwerk für demokratisches Handeln in Penig, Lunzenau und Umgebung“. Als Ziel formulierten sie die Arbeit für menschenrechtsorientierte Werte – in Abgrenzung zu (neo-)nazistischen Positionen und Vorstellungen von Ungleichwertigkeit in der Region. Diese Arbeit wird seither nahezu ausschließlich aus eigenen Ressourcen geleistet.



Die Initiative beteiligte sich seit 2013 an Schulfesten mit Informationsständen, warb auf Sportveranstaltungen für das Anliegen, organisierte Weiterbildungen für ehrenamtlich Engagierte im Freizeitsport. Die Runde erstellte Flyer zu (neo-)nazistischen Aktivitäten und Strukturen, erstellte eine Chronik der (neo-)nazistischen Angriffe und zeigte die Ausstellung „Hass vernichtet“ in der Region. Zum Begleitprogramm der Ausstellung gehörten Workshops an Schulen zum Umgang mit (neo-)nazistischen und menschenverachtenden Schmierereien in der Öffentlichkeit.

Der 70. Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkriegs war Anlass für die Mitglieder des Netzwerkes, sich näher mit der Geschichte des Außenlagers des KZ Buchenwaldes in Penig-Oberhain zu beschäftigen. Mehr als 800 deutsche und ungarische Jüdinnen waren in dem Lager als Zwangsarbeiterinnen für die Max-Gehrt-Werke in Penig inhaftiert. Heute erinnert fast nichts mehr an die Schicksale und Hintergründe dieses Ortes – weder vor Ort, noch in der nationalen oder internationalen Erinnerungskultur. In kleinteiligen Recherchearbeiten in privaten und staatlichen Archiven sowie in Gesprächen mit Lokalhistoriker_innen und Zeitzeug_innen sammelten die Netzwerkmitglieder eine Vielzahl von Dokumenten, Geschichten und Bildmaterial. Ein Teil dieser Unterlagen diente als Grundlage für die Vorbereitung eines historischen Spurengangs, die ein Geschichtslehrer im Mai für zwei Schulklassen am Freien Gymnasium in Penig durchgeführte. Langfristiges Ziel der Recherchen ist es, die Informationen und Dokumente zu diesem Erinnerungsort zu bündeln und öffentlich zugänglich zu machen, um so das lebendige Erinnern an die mit diesem Ort verbundenen Schicksale und Hintergründe zu fördern.

Im Laufe dieses Jahres organisiert das Netzwerk „Gesicht Zeigen“ darüber hinaus Kulturveranstaltungen in Kooperation mit der jüdischen Gemeinde in Chemnitz und dem Shalom e.V., die auch auf das jüdische Leben heute in der Region aufmerksam machen möchten.

Jens Paßlack
Franz Hammer

NADIS-INTERVIEW

NETZWERK FÜR EINE ANTIDISKRIMINIERUNGSKULTUR IN SACHSEN – NADIS

Interview mit Sotiria Midelia, Koordinatorin des Netzwerkes

Sotiria, du arbeitest beim Antidiskriminierungsbüro Sachsen und koordinierst das Netzwerk. Wie kam es zur Gründung des Netzwerkes und was sind die Ziele?

Der gemeinsame Ausgangspunkt von NADIS war, dass sich alle Mitgliedsorganisationen in ihrem Arbeitsalltag mit dem Thema Diskriminierung beschäftigen und die Erkenntnis, dass eine Zusammenarbeit und ein Austausch – gerade auch über die Grenzen des eigenen Feldes hinaus – sinnvoll sind.

Diskriminierung, sei es in alltäglichen Begegnungen aber auch auf der strukturellen Ebene, ist eine gesellschaftliche Realität, die oftmals nicht angemessen beachtet wird und für die es weder auf der persönlichen noch auf einer institutionellen Ebene gute Bewältigungsformen gibt. Das fängt damit an, dass ein Sprechen über Diskriminierung schwer fällt und in konkreten Fällen oftmals übergangen oder als Angriff wahrgenommen und abgewehrt wird. Gelingt ein Dialog, wird schnell eine Hilflosigkeit deutlich, wenn es um konkrete Veränderungen geht. Beides, eine grundlegende Sensibilität und daran anschließend eine Handlungskompetenz für nachhaltige Veränderungen, sind die Eckpunkte einer Antidiskriminierungskultur. Ihr Fehlen erleben vor allem Menschen, die Diskriminierungserfahrungen machen, in ihrer Würde verletzt werden und beispielsweise einen Job oder eine Wohnung nicht bekommen.

Eine gelebte Antidiskriminierungskultur im Supermarkt, am Arbeitsplatz, in der Kita und Schule, in Behörden und der Straßenbahn, ist deshalb das übergeordnete Ziel von NADIS. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur ihrer Umsetzung ist der Aufbau eines wohnortnahen, niedrigschwelligen Unterstützungsangebotes für Betroffene von Diskriminierung. Grundlegend für das Netzwerk ist, dass es unabhängig und aus der Perspektive von Diskriminierungsbetroffenen arbeitet.

Wer trägt das Netzwerk und welche Themen werden von den Mitgliedern bearbeitet?

Das Netzwerk setzt sich aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Gemeinsam ist allen, dass sie Beratung anbieten. Die konkreten Beratungsansätze und -angebote sind unterschiedlich, haben aber alle Schnittmengen mit Antidiskriminierungsberatung. Die Mitgliedsorganisationen arbeiten zu den Themenschwerpunkten Behinderung, Geschlecht, Rassismus, sexuelle Identität in Form von allgemeiner Beratung/ Unterstützungsangeboten, qualifizierter Antidiskriminierungsberatung, Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit, Gemeinwesenarbeit und politische Lobbyarbeit.

Die Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes sind:

- Antidiskriminierungsbüro Sachsen
- Gerede Dresden e.V.
- Kulturbüro Sachsen e. V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e. V.
- Sächsischer MigrantInnenbeirat und der Verband binationaler Familien- und Partnerschaften e.V.

Welche Aktivitäten gab es bereits durch das Netzwerk und welche Resonanz erzeugten sie?

Das letzte große Projekt waren die Wahlprüfsteine zur Sächsischen Landtagswahl 2014. Mit den Wahlprüfsteinen hat NADIS die Positionen der Parteien (Bündnis 90/ Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP, SPD) zum Thema Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Gesetzgebung und Unterstützungsstrukturen abgefragt und diese eingeordnet. Die Resonanz war gut: alle Parteien haben sich mit den Wahlprüfsteinen auseinandergesetzt und geantwortet. Interessierte Wähler_innen haben einen Überblick über die unterschiedlichen politischen Positionen erhalten und über den Stand der Diskussion auf Landesebene. Unsere zentralen Anliegen konnten wir klar kommunizieren mit dem Erfolg, dass sie Eingang in den Koalitionsvertrag und damit in das Regierungsprogramm gefunden haben. Wir konnten unsere Themen setzen, die sächsische Regierung hat sich einen Fahrplan für die kommenden Jahre gegeben.

Was sind geplante nächste Schritte?

Kernstück dieses Fahrplans ist die Absicht der Landesregierung, ein Maßnahmenpaket Antidiskriminierungskultur 2016 zu erarbeiten. Diese Absichtserklärung werden wir aufgreifen und den Dialog mit der Politik fortführen. Die Regierung soll ihre Pläne tatsächlich umsetzen und wir wollen diesen Prozess mit unserer Expertise begleiten und mitgestalten. Neben der Politik wird es dabei auch darum gehen, weitere Teile der Zivilgesellschaft zu aktivieren und einzubeziehen, damit deren Bedarfe und Forderungen Eingang in das Maßnahmenpaket finden. Konkret wird es um drei Dinge gehen: Ein Umdenken in der Betrachtung des Themas: Diskriminierung und Diskriminierungserfahrungen sind eine weitverbreitete gesellschaftliche Realität, keine bedauerlichen Ausnahme- und Einzelfälle. Ein Hinterfragen der aktuellen Regelungen und Strukturen: Wo und wie ist Antidiskriminierung als Querschnittsthema wirksam verankert? Sind (potentiell) Betroffene wirksam vor Diskriminierung geschützt und haben sie ausreichend Handlungsmöglichkeiten, in konkreten Fällen ihr Recht auf Gleichbehandlung einzufordern? Und schließlich: die Entwicklung und Umsetzung fachlicher Konzepte, die vorhandene Lücken schließen.

Das Interview führte Franz Hammer

SCHULUNG POLIZEI

WORKSHOP DES KULTURBÜRO SACHSEN E. V. ZUM THEMA ASYL IN SACHSEN

Gelegenheit zu Diskussionen und ein intensiver Meinungs- und Erfahrungsaustausch über das Thema „Asyl in Sachsen“ bot sich den Schüler_innen der Einstellung 9/13 der Polizeifachschule Chemnitz am 17. und 18. März 2015. Petra Schickert und Markus Kemper vom Mobilem Beratungsteam/Regionalbüro Mitte-Ost des Kulturbüros Sachsen e. V. initiierten in jeder Lehrgruppe einen 90-minütigen Workshop, in dem sich kontrovers mit dem Thema auseinandergesetzt wurde. Während die Schüler_innen vorrangig von ihren Erfahrungen aus ihrem Praktikum berichteten, beantworteten die Initiator_innen viele Fragen und räumten mit einigen Vorurteilen auf. Der jeweils anderen Seite eine Plattform zur Meinungsäußerung zu geben und somit einen Perspektivenwechsel zuzulassen, war zentrales Anliegen des Projektes.

Das Kulturbüro Sachsen bedankt sich sehr herzlich bei Polizeirat und Leiter Polizeifachschule Chemnitz, Michael Punptow und Polizeioberkommissar und Lehrgruppenleiter Frank Lorenz für das Zustandekommen dieser beiden Unterrichtstage.

Frank Lorenz, Polizeioberkommissar
Fachlehrer SOZ/BPR, Lehrgruppenleiter 9/13-33 Polizeifachschule Chemnitz



Foto: Frank Lorenz

TAGUNG NÄCHSTENLIEBE

NÄCHSTENLIEBE – POLIZEI – GESELLSCHAFT: VERNETZT FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE

EIN PROJEKT DER AG KIRCHE FÜR DEMOKRATIE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS³



Seit 2010 veranstaltet die sächsische „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ jährlich die Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie“. Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist Gründungsmitglied der „AG Kirche für Demokratie“ und begleitet die jährlichen Tagungen von Anfang an mit inhaltlichen Impulsen. Die Themen für die Tagung gewinnt das Kulturbüro Sachsen e.V. aus den Prozessen der Mobilem Beratung, der Gemeinwesenarbeit und des Fachcoachings in der Jugendhilfe.

Die Idee zur ersten Tagung unter Beteiligung von Polizei, Zivilgesellschaft und Kirche entstand in einer Zeit, in der

die Neonaziaufmärsche anlässlich der Luftangriffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 ihren Höhepunkt erreicht hatten und die Positionen zu Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite als Mittel zivilen Ungehorsams heiß diskutiert wurden. Hierbei standen sich Positionen von Polizei, die Versammlungsrecht durchsetzen wollte und Zivilgesellschaft, die ihre Bürger- und Freiheitsrechte auch mit Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite wahrnehmen wollte, zu Beginn gegenüber. Mit diesem Tagungsformat entstand eine Diskussionsplattform auf der sich Polizei und Zivilgesellschaft im geschützten Raum von Workshops und World Café Formaten gegenseitig die Positionen vorstellen und miteinander ins Gespräch kommen konnten.

Die AG Kirche – selbst mit klarer Haltung zu Blockaden und zu Protest in Sicht- und Hörweite in Sachsen erkennbar – entwickelte unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Nazis stoppen überall“ eigene Formate wie Friedensgebete und Mahnwachen, gab Handreichungen heraus und war auf der Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft“ ein allseits akzeptierter Vermittler und Impulsgeber für die Diskussionen.

Die Tagung wandert durch sächsische Städte, vorbereitet mit jeweils regionalen Partner_innen. Für das Konzept spricht die hohe Beteiligung – 150 bis 180 Teilnehmende tauschen sich Jahr für Jahr auf den Tagungen aus – und die positive Bewertung der Veranstaltung bei den Auswertungsgesprächen.

Angehörige der Polizei, verantwortliche Haupt- und Ehrenamtliche aus den Kirchen und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Vereine und Initiativen sind die Hauptzielgruppen der Tagung. Darüber hinaus nutzen Lehrer_innen, Mitarbeiter_innen der Verwaltung und politisch Verantwortliche die Veranstaltung als Fortbildung.

Ziel der Tagung ist, dass sich Verantwortliche und Mitarbeitende unterschiedlicher Bereiche über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg gegenseitig wahrnehmen und kennenlernen. Nach dem Auftaktimpuls zum Thema legale und legitime Protestformen erweiterte die Tagung ihr inhaltliches Spektrum: sie soll Menschen, die im Alltag häufig nicht miteinander reden, zu den Themen Demokratiestärkung, Demokratiegefährdung und menschenfeindliche Erscheinungen in den Regionen ins Gespräch bringen, ihnen den Perspektivenwechsel ermöglichen und die Möglichkeit geben, gemeinsame Präventionsprojekte oder Fortbildungen zu verabreden. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in den sächsischen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt und nicht überall gleichermaßen gewollt und unterstützt. Auch hier setzt die Tagung einen wichtigen Akzent: Sie bestärkt und unterstützt das ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement von Menschen aus Kirchen und zivilgesellschaftlichen Vereinen für ein demokratisches und friedliches Miteinander in sächsischen Städten und Gemeinden. Von jeder Tagung geht ein klares Signal für die Solidarität mit Betroffenen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt aus.



Momentaufnahme aus dem Fachtag „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft“ 2014 in Torgau
Fotos: Kulturbüro Sachsen e.V.

Die Themenschwerpunkte der Tagung setzen die lokalen Akteure jährlich neu. Was brennt in der Region unter den Nägeln? Worüber konnte man bisher nicht miteinander sprechen? Welche neonazistischen oder rassistischen Erscheinungen beobachten lokale Initiativen, die örtliche Kirchengemeinde oder das Polizeirevier?

Die Tagung beginnt jeweils mit Impulsvorträgen. Im letzten Jahr in Torgau widmeten sich die Impulse den Themen „Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ und „Bin ich links(extrem), wenn ich gegen Rechts(extremismus) bin?“ Anschließend wird in 10 Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen diskutiert. Im letzten Jahr stand die regionale Neonaziszene mit ihren Aktivitäten im Kampfsport, im Rockermilieu und dem Musikgeschäft im Mittelpunkt. Aber auch „Best Practice – Beispiele gegen Rechts – wie kann Bürgerengagement für Demokratie gelingen?“ wurden diskutiert.

Die Schirmherrschaft für die Tagung übernahmen in den vergangenen Jahren jeweils Persönlichkeiten der Bundespolitik oder von bundesweit agierenden Vereinen wie dem Verein „Gegen das Vergessen – für Demokratie e.V.“

Die bisherigen Tagungen trugen zu einem gewachsenen Vertrauen zwischen Polizei, Kirche und Zivilgesellschaft bei, Kooperationen sind entstanden, neue Partner_innen gewonnen. Kirche als Einlader bzw. im konkreten Fall die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus sind die Garantie dafür, dass alle drei Zielgruppen gleichermaßen erreicht werden. Spürbar wird das am gewachsenen Vertrauen zwischen den Teilnehmer_innen. In den Workshops gelingt zunehmend der Perspektivenwechsel auf die Situation der jeweilig anderen Gesprächspartner. Deutlich wird das beispielsweise an den Polizeieinsätzen rund um den 13. Februar. Hier berichten Polizist_innen von schwierigen Einsatzlagen, aufgrund von Personalmangel und auch über Ängste, die sie haben, wenn sie Menschen in Blockaden gegenüberstehen. Die Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, u. a. auch die Pfarrer_innen und Gemeindeglieder, die sich den legitimen, aber nicht immer legalen Protesten – wie friedlichen Sitzblockaden anschließen – berichten über Ihre Ängste vor Polizeiübergriffen, Verhaftungen und persönlichen Konsequenzen. In Workshops stellte die Polizei auch Einsatzlagen und Deeskalationsmöglichkeiten, wie z.B. Kommunikationsteams oder weiterhin klar verständliche Durchsagen und Kommentare zu polizeilichen Verhalten vor, was bei den Demonstrationsteilnehmer_innen die Akzeptanz von Polizeiarbeit erhöht. Auch in den Reihen der Polizei entstand durch diese Gespräche ein Verständnis dafür, dass die Menschen, die sich legitimer Mittel, wie Blockaden bedienen, Grundrechte wahrnehmen, vor allem und gerade wenn der Staat in seinen Handlungsmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit Neonaziaufmärschen hier eingeschränkt ist. Zur positiven Resonanz innerhalb der Polizei trägt u.a., auch bei, dass innerhalb der Polizei diese Tagung als Fortbildung anerkannt wird.



Die sechste Tagung fand am 27. April 2015 in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) statt. Das Schwerpunktthema Asyl dieser Tagung war und ist von hoher Aktualität und brachte wie erwartet spannende und auch kontroverse Diskussionen.⁴

Insofern ist Kirche als Vermittler im Bereich der politischen Bildung tätig und hat mit ihrer Vermittlerrolle zwischen Polizei und Gesellschaft eine Austauschplattform geschaffen, die auch von anderen Bundesländern gerne nachgenutzt werden kann.

Petra Schickert
Grit Hanneforth

EMPOWERMENT EINER JUGENDGRUPPE POST-/ MIGRANTISCHER JUGENDLICHER

„Wir sind hier geboren und hier gehen wir auch zur Schule. Das ist unsere unmittelbare reale Erfahrung. Wir sind auch Teil unserer Familiengeschichten und auch das ist unsere unmittelbare reale Erfahrung. Und so sind wir Deutsche und Ausländer.“



Bildungsfahrt der KC's D nach Leipzig
Fotos: Kulturbüro Sachsen e.V.

Seit 2012 arbeitet das Kulturbüro Sachsen e.V. mit der Initiative für eine „Alevitische Gemeinde in Dresden“ (KC's D). Die erwachsenen Begleitpersonen unterstützen in einem solidarischen Kontext bei der Bereitstellung von Räumen, der Moderation von Gruppentreffen, der Durchführung von Gruppenfahrten, der Reflexion und Auswertung sowie bei der Betreuung von Förderanträgen bei Stiftungen. Methodisch orientierte sich die Zusammenarbeit an den Ideen von Ruth Cohn zur „Themen Zentrierten Interaktion“. Ziel der Gruppe war es, mithilfe medialer Formate, die Aufmerksamkeit der weißen 91,84%igen Mehrheitsgesellschaft⁵ in Dresden zu bekommen.

Für junge Menschen mit einem „Migrationshintergrund“, der aus der Herkunft ihrer Eltern resultiert, ergibt sich eine besondere Situation ihrer Sozialisation. Sie sind in Deutschland geboren und erleben ihre Kindheit und Jugend in den klassischen öffentlichen Erziehungsinstitutionen in mehrheitsdeutschen Peergroups. Gleichzeitig leben sie mit den Erzählungen, Sprache und Gepflogenheiten ihrer Familien. Es entstehen Besonderheiten, wie Zweisprachigkeit, aber auch gleichberechtigte Alternativen in die eigenen Identitäten wechselseitig aus den Kontexten von Herkunftsfamilie und Peergroups zu integrieren.

In den drei aufeinanderfolgenden Projektjahren von 2012 bis 2014 konstituierten sich Inhalte und Strukturen der Gruppenarbeit. Den Anfang machten Sammlungen der Erzählungen aus dem Alltag über sie selbst, politische Themen ihrer gleichaltrigen Peers aus dem Schulkontext und ihrer Herkunftsfamilie. Daran schlossen sich Diskussionen zu dramaturgischen Umsetzungen an. Die Gruppe arbeitete an einem Storyboard, szenischen Umsetzungen und schrieb surrealistische Szenen über erfahrene Diskriminierungen und Belastungen. Zeitgleich erarbeitete sich die Gruppe den Umgang und die Bedienung der notwendigen Film- und Aufnahmetechnik. Mit der Premiere des Filmes im Herbst 2014 war das Ziel „Film machen“ erfüllt.

Die Gruppe mit ihrem Altersdurchschnitt von 16 Jahren arbeitet weiter. Zentrales Thema ist aktuell die Vernetzung und Öffnung der Gruppe für weitere Jugendliche mit post- oder migrantischen oder Flucht kontextualen Background. Aus den erlangten Kenntnissen und Fertigkeiten zu Gruppendiskussionen, Umgang mit Medientechnik, Öffentlichkeitsarbeit etc. haben die Jugendlichen sich selbst befähigt, andere Jugendliche zu empower. Um die nächsten Ideen und Projekte zu besprechen, begeben sich die Jugendlichen in diesem Sommer in Klausur.

Die erfolgreiche und nachhaltige Arbeit mit den Jugendlichen hat ein hohes Multiplikationsvermögen für interessierte Jugendarbeiter_innen, Begleitung von Diversitätserfahrungen, Beratung zu Arbeit in post/ migrantischen Kontexten mit Jugendlichen und deren Netzwerken. Ihre Perspektiven als post/ migrantische Minderheit auf politische Entwicklungen und Ereignisse in Dresden und Sachsen bleibt uns auch in absehbarer Zukunft dankenswerter Weise erhalten und wird den Weg in die öffentliche Debatte finden.

DIADEM – EIN NEUES PROJEKT IM KULTURBÜRO SACHSEN E. V.



Mit Diversity and Empowerment (DIADEM) begann im März 2015 ein neues Projekt. Ziel ist das Empowerment von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und menschenrechtsorientierten Jugendlichen in Sachsen. Das Projekt konzentriert sich damit auf junge Menschen, die von vielen Angehörigen der sächsischen Mehrheitsbevölkerung aufgrund der ihnen zugeschriebenen Herkunft oder anderer Merkmale ausgeschlossen, wenn nicht gar offen diskriminiert werden. Oftmals wird es ihnen schwer gemacht, sich mit eigenen Kompetenzen und Ressourcen in der Öffentlichkeit zu präsentieren, diese zu nutzen, um eigene Lebensentwürfe zu verfolgen oder gleichberechtigt an politischen und anderen Prozessen zu partizipieren. Im Mittelpunkt der gemeinwesenorientierten Projektarbeit werden konsequent die Wünsche, Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen stehen.

Das Projekt DIADEM wird innerhalb von drei Jahren umgesetzt und von AKTION MENSCH teilfinanziert.

Kontaktiert werden können die Mitarbeiterinnen Ina Lorenz und Susanne Feustel im Dresdner Büro. Informationen findet man unter <http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/arbeitsbereiche/gemeinwesenarbeit.html> und auch auf der Facebookseite „Werkstatt junge Demokratie“ (<https://www.facebook.com/WerkstattJungeDemokratie>).

Susanne Feustel / Ina Lorenz

⁵http://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Statistik_1204_13_Migranten.pdf.

DAS VERSPRECHEN DER DEMOKRATIE

„Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, gleichermaßen muß ihr das Recht zugestanden werden, eine Rednertribüne zu besteigen“. Die Frauenrechtlerin und Revolutionärin Olympe des Gouges formulierte 1791 ihren berühmt gewordenen 10. Artikel der Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin. Sie beruft sich in ihren Forderungen auf das große Versprechen, das der Französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte zugrunde liegt: Es ist das Versprechen auf Freiheit sowie politische und rechtliche Gleichheit aller Menschen – unabhängig ihrer Differenzen. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 kann als ein Wendepunkt in der Geschichte der modernen Demokratie angesehen werden. Denn mit ihr wurde das Versprechen des Rechts auf die gleichen Teilhabechancen einander gleichgestellter Bürger_innen zum konstitutiven Element der neuen Ordnung. Es setzte in den verschiedenen Gesellschaften eine unglaubliche Dynamik in Gang. Denn wenn „die Menschen [...] von Geburt frei und gleich an Rechten“ geboren werden – warum sollten dann die Rechte nur einem Teil der Bevölkerung vorbehalten sein? Reale Ungleichheit konnte jetzt nicht mehr als Gott- oder Naturgegebenheit gelten, sondern widersprach offenbar den rechtlichen Grundlagen der neu entstehenden demokratischen Ordnungen.

Demokratien leben von diesem ihnen zugrundeliegenden Versprechen. So verschieden die Vorstellungen von Demokratien sind, so können wir doch hier ihren Kern ausmachen, über den – zumindest in den Demokratietheorien – ein breiter Konsens besteht. Der Streit beginnt, wenn die Begriffe und der Adressat_innenkreis näher bestimmt werden sollen. Wer wird als Gleicher angesehen, wer kommt in den Genuss der Freiheit? Wer wird als Akteur_in im politischen Prozess anerkannt?

Olympe de Gouges' Erklärung ist im Zentrum dieser Fragen angesiedelt und eröffnet den Blick auf den Widerstreit zweier Ideen, die im modernen Staatsbürgerrecht angelegt sind: Denn zum einen gibt sie beispielhaft die integrative Dynamik des universell gedachten demokratischen Teilhabe- und des rechtlichen Gleichheitsgedankens wieder. Zum anderen verweist de Gouges mit ihrer Forderung aber auch darauf, dass die Menschen- und Bürgerrechte von Anfang an exklusiv angelegt gewesen waren. Denn paradoxerweise richteten sie sich als unveräußerlich deklarierten und qua Geburt jedem Menschen zustehenden Rechte an eine kleine Gruppe verdienender, französischer Männer. Zum einen schafft also die Idee der Rechtsgleichheit durch ihren Universalitätsgedanken die Grundlage, dass auch diejenigen Anspruch auf das Recht auf Freiheit und Gleichheit für sich einfordern, die außerhalb der rechtlich integrierten Gemeinschaft stehen. Insofern hat die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte bislang Ausgeschlossene immer wieder inspiriert und legitimiert, dieses Recht einzufordern. Die Einlösung des Versprechens auf gleiche Teilhabe ist vor allem im europäischen Nationalstaatensystem mit der rechtlichen Institution der Staatsbürgerschaft verbunden. Als Staatsbürger_in gilt man zur Politik qualifiziert und als relevante Akteur_in im politischen Prozess. Zum anderen exkludiert die Einrichtung der Bürgerrechte ‚Andere‘ aus der Gemeinschaft der Bürger[_innen], die ihr nicht zugehören. Insofern sind die Bürgerrechte auch als

ein Privileg zu verstehen, die andere aus der Anerkennung als Freie und Gleich ausschließt. Diese Rechtsungleichheit hat schon immer die Möglichkeit der Diskriminierung und Verfolgung eröffnet.

Dramatisch deutlich wurde dieser Widerspruch an den Flüchtlingen zwischen den beiden Weltkriegen und im Zweiten Weltkrieg. Es war Hannah Arendt, die selbst als Jüdin aus Nazi-Deutschland fliehen musste, die die Defizite der Rechteerklärung scharf angriff. Sie machte deutlich, dass die Möglichkeit der Nationalstaaten, Rechte zu verleihen und Rechte zu nehmen, eine Art neuen Menschen entstehen ließen: einen Menschen, der nirgendwo mehr einen Platz auf der Welt fand, den die Rechtlosigkeit zu einem ‚überflüssigen‘ Menschen machte; einen Menschen, der sich vollkommen unschuldig in einer Situation befand, die weder durch sein Handeln noch durch seine Meinung entstanden war oder durch ihn rückgängig gemacht werden konnte. Die Geburt legte fest, ob er Rechte zugesprochen bekam oder nicht. Die Flüchtlinge waren auf sich selbst zurückgeworfen, durch die Rechtlosigkeit und die Weigerung anderer Staaten, sie aufzunehmen, außerhalb jeder Gemeinschaft. Sie hatten keine Möglichkeit, den Rechtsstatus zurückzuerlangen. Ganz im Gegenteil besiegelte die Rechtlosigkeit ihr Schicksal der Deportation und Ermordung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind rechtliche Instrumente entwickelt worden, die die vollständige Rechtlosigkeit verhindern sollte. Aber dennoch gibt es heute wieder viele Menschen, die auch in stabilen Demokratien ihre Rechte kaum in Anspruch nehmen können. Als Beteiligte im politischen Prozess sind sie nicht vorgesehen, weil vor allem den jeweiligen Staatsbürger_innen immer noch das Privileg zukommt, politische Akteur_innen sein zu dürfen. Im Gegensatz zu der Situation, die Hannah Arendt noch beschrieben hatte, gibt es jedoch heute die Möglichkeit des Kampfes und der Aushandlung. Und so sind wir auch heute, auch in Europa, Zeug_innen von Kämpfen um das Versprechen auf Freiheit und Gleichheit aller Menschen. So haben z. B. in den 1990ern und den 2000er Jahren die französischen Sans-Papiers um ihre Anerkennung durch die Gewährung von Rechten gekämpft. Auch in Deutschland mehren sich seit einigen Jahren die Proteste von Asylbewerber_innen, die gegen die massiven Einschränkungen ihres Lebens auf die Straße gehen. Bereits dieser Schritt in die Öffentlichkeit verändert ihren Status. Denn sonst in der Gesellschaft eher verborgen, nicht wahrgenommen, von Vielen nur als Opfer akzeptiert, treten sie als politische Akteur_innen auf und stellen durch ihr Handeln die demokratische Ordnung mit ihren Ausschlussmechanismen in Frage. Ohne auf die Gewährung von Rechten ‚von oben‘ zu warten, nehmen sie sich selbst, wie damals Olympe de Gouges, das Recht, in der Öffentlichkeit zu sprechen und das tradierte Schema von Inklusion und Exklusion zu durchbrechen. Die Auseinandersetzung an den Grenzen der Rechtsgemeinschaft fordert so die Grenzen der bestehenden politischen Ordnungen heraus – und vermag sie zu verändern.

Julia Schulze Wessel

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

ASYL IN SACHSEN - NETZWERKEKONFERENZ VOL. 4

Die letzten Monate haben uns gezeigt, wie stark das Thema „Asyl“ zum politischen Mobilisierungsthema geworden ist. Die rassistischen PEGIDA-Proteste wenden sich klar gegen das individuelle Grundrecht auf Asyl, die Angriffe aus Heime und Asylbewerber_innen sind deutlich gestiegen, vielfach hat sich ein feindliches Klima in den Städten und Kommunen verfestigt. Aber parallel steigt auch die Hilfsbereit und das gesellschaftspolitische Engagement.

Die Initiativen, die sich für ein menschenwürdiges Asyl in Sachsen einsetzen, sind derzeit also besonders gefordert. Sie versuchen, die Unterstützungsangebote zu koordinieren, setzen sich in politischen Versammlungen für die Aufnahme von Geflüchteten ein und leisten oft über viele Hindernisse hinweg wichtige Verständigungsarbeit. Wie in den vorangegangenen Jahren wird die Netzwerkekonferenz auch 2015 wieder die Brennpunkte dieser Arbeit in den Blick nehmen und Räume für Austausch und Begegnung schaffen.

Am 7. November bieten wir in Fachvorträgen und Workshops einführende Inputs, fachliche Vertiefung, regionale Vernetzung und neuen Schwung für die wichtige Arbeit allerer, die sich im Feld „Asyl in Sachsen“ engagieren oder dies vorhaben.

Am Vorabend, 6. November, wird es eine öffentliche Veranstaltung zu neuen Modellen der Migrationsgesellschaft geben.

Datum: 7. November 2015, 10-17:30h

Ort: Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK), Karl-Liebknecht-Str. 132, 04277 Leipzig (Geutebrück-Bau)

Die einführenden Vorträge werden simultan ins Deutsche bzw. Englische übersetzt.

Veranstalter_innen: Kulturbüro Sachsen e.V., RAA Sachsen e.V., Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Flüchtlingsrat Sachsen e.V.

POLITISCHE BILDUNG FÜR „NEUE DEUTSCHE“

Von Dezember 2014 bis Juni 2015 führte das Kulturbüro Sachsen e.V. in Kooperation mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat e. V. und der Landesarbeitsgemeinschaft politisch kulturelle Bildung Sachsen e.V. drei Seminare zur Stärkung der gesellschaftlichen Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund durch. Zielgruppe waren in erster Linie Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen in Sachsen. Thematisch fokussierten die durch das Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Leipzig geförderten Veranstaltungen den Umgang mit Migration in Deutschland, die diesbezüglichen Veränderungen in den letzten Jahren sowie die neuen Voraussetzungen heute. Darüber hinaus wurde Teilnehmenden mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung ein Raum geboten, in welchem sie ihre Erfahrungen äußern, austauschen und reflektieren können. Die wurden durch.

Michael Nattke

BUNDESFREIWILLIGE DISKUTIEREN ZU PEGIDA

Im Rahmen einer Seminarwoche von Bundesfreiwilligen des Netzwerkes für Kinder- und Jugendarbeit e.V. in Ostsachsen führte das Kulturbüro Sachsen e.V. im Mai 2015 Workshops rund um das Thema PEGIDA durch. Die Bundesfreiwilligen hatten bereits im letzten Jahr gemeinsam mit dem Verein Augen auf! aus Zittau zu Vorurteilen und Diskriminierung gearbeitet und sich daranknüpfend eine Auseinandersetzung mit Pegida gewünscht. Themen der spannenden Diskussionsrunden waren Fragen wie: Was ist das Abendland? Wo fängt es an? Wo hört es auf? Was ist Islamisierung? Was Patriotismus? Was bedeuten die Losungen auf den Pegida-Demonstrationen? Die Bundesfreiwilligen gaben ein überwiegend positives Feedback; eine weitere Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V. wird angestrebt.

Michael Nattke



GEW

Weiterbildungsveranstaltungen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Leipzig-Stadt

Die Diskussionen und Fragen zu Legida, dem Leipziger Ableger von Pegida, führte auch unter Lehrer_innen an Leipziger Schulen zu Diskussionen und Fragen. Dies nahm der Kreisverband der GEW zum Anlass, um in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e. V. zwei Weiterbildungen anzubieten. Thema der ersten Veranstaltung war: Was verbirgt sich hinter Legida. Gemeinsam diskutierten die Teilnehmenden vor allem Fragen zur Programmatik der Bewegung. Eine zweite Veranstaltung fokussierte das Thema Asyl unter folgenden Fragestellungen: Wie läuft das Asylverfahren ab? Welche Rechte haben Asylsuchende? Wie sind deren Lebensbedingungen? Wie können Asylsuchende in Leipzig unterstützt werden?

Die GEW und das Kulturbüro Sachsen e. V. werden die Zusammenarbeit fortsetzen. Gemeinsam wird derzeit ein Fachtag vorbereitet, der Konzepte für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, deren Erstsprache nicht deutsch ist, im Bereich KiTa und Schule in den Blick nehmen wird.

Solvejg Höppler

REZENSIONEN UND PUBLIKATIONEN

WO DIE BÜRGERWEHR NOCH FISCHELANT IST...⁶
REZENSION DES BUCHES PEGIDA.
DIE SCHMUTZIGE SEITE DER ZIVILGESELLSCHAFT?



Unter dem Titel PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? (Transcript-Reihe X-Texte) veröffentlichten Lars Geiges, Stine Marg und Franz Walter im März die Untersuchungsergebnisse des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

Dass der Band die Göttinger Forschungsergebnisse bemerkenswert aktuell präsentiert, fällt der Leserin an der Datierung der Untersuchungsschritte auf: Im Januar wurden PEGIDA-Demonstrationsteilnehmenden in Dresden, Leipzig, Hannover, Braunschweig und Duisburg für eine Online-Umfrage rekrutiert. 350 von 3.500 eingeladenen Pegidist_innen beantworteten alle Fragen. Die in bisherigen Studien⁷ noch nicht deutlich gewordene Diskrepanz zwischen Forderungen nach Recht und Ordnung, dem Vorrang nationaler Interessen und Umverteilung einerseits und individuellen Freiheiten und freier Marktwirtschaft andererseits verdeutlicht, dass bei PEGIDA von allem (und für alle) etwas dabei ist, vor allem aber ein starker Staat (S. 70). Überraschend ist die größere Zustimmung zu Pluralismus (26%) als zu Leitkultur (16,8%).

Ende Januar bzw. Anfang Februar wurden vier Gruppendiskussionen in Dresden und Leipzig durchgeführt. Beachtenswert sind die Ergebnisse zur städtischen Identität und den Heimatgefühlen. Beide Städte suchten bundesweit ihresgleichen, so die Meinung der befragten Alt- und Neu-Sachsen. Dresden bleibt Kunst- und Kulturstadt, Leipzig sauber, naturnah und kulturell interessant – und beide Städte vor allem noch nicht „überfremdet“. Gastfreundschaft, Solidarität und Nächstenliebe werden groß geschrieben. Diese Antworten entsprechen stadtsoziologischen Erhebungen, bspw. Gabriela B. Christmanns aktuell erneut lesenswerten Studie Dresdens Glanz, Stolz der Dresdner. Lokale Kommunikation, Stadtkultur und städtische Identität (2004). Die sich bereits an die Lektüre von Christmanns Dresden-Habilitationsschrift anschließende Frage nach der Diskrepanz zwischen der für Dresden/Leipzig reklamierten Weltoffenheit und der realen xenophoben Ausgrenzung beantwortet die Göttinger Studie auch nur zum Teil: Die Wechselwirkung kulturalistischer Stereotypisierungen – Dresdner/Leipziger, Abendländer, Christen etc. einerseits, Muslime etc. andererseits – wird deutlicher, wenn man jenes Attribut der Weltoffenheit in den Blick nimmt. Diese Selbstbeschreibung nicht mit Einstellungserhebungen zu konfrontieren, vollzieht die Verdrängung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie aus dem städtischen Diskurs mit. Geiges, Marg und Walter stellen heraus, dass die Diskutant_innen der Migration nach Deutschland zustimmen, wenn sich die Einwanderer an deutsche Gegebenheiten anpassen. In den Gruppendiskussionen verstiegen sich Pegidist_innen dann zu klaren Aussagen, Muslime müssten sich in Deutschland „komplett assimilieren, germanisieren und am besten noch christianisieren“ (S.123). Werner Patzelt ignoriert diesen Teil der Erhebungen (Patzelt, S.2). Während er die Selbstverortung der PegidistInnen als „deutsche Patrioten“ herunterspielt (ebd., S.72), arbeiten Geiges et al. gerade in den Gruppendiskussionen das aggressive Potenzial dieser (lokal-)patriotischen Identitätsentwürfe heraus.

Leider erwähnen Geiges et al. den Zusammenhang von (Lokal-)Patriotismus und Ausgrenzung im analytisch anspruchsvollen und umfassenden Resümée nur kurz, indem sie auf das reziproke Verhältnis von nationaler Identifikation und Leitkultur einerseits und islamophober Abwertung andererseits verweisen (S.182). Der Göttinger Untersuchung gelingt es dennoch vor allem aufgrund ihres Designs in die Tiefe zu gehen und die Aggressivität xenophober und islamophober Einstellungen herauszuarbeiten, die sich unter dem biedereren Deckmantel von politischen Partizipationsforderungen verbirgt.

Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Transcript 2015. (207 S., ISBN 978-3-8376-3192-0)

Claudia Jerzak

⁶-Ein erstaunliches Detail: Sowohl Geiges et al. (S. 95) als auch Christmann (Dresdens Glanz, S.328) stellen die Selbstbeschreibung des „Sachsen“ als „fischelant“ heraus und bemühen sich, diesen mit seiner französischen Herkunft vom Begriff „vigilant“ (wachsam) in Einklang zu bringen.

⁷-Hans Vortländer: Wer geht zu PEGIDA und warum? (2014) http://tudresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie; Dieter Rucht et al.: Protestforschung am Limit. Studie zu PEGIDA (Berlin, 2015); Werner J. Patzelt et al.: Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? (2015) <http://www.docdroid.net/qsmf/analyse-pegida-januar-2015-fertig-2.pdf.html>; Werner J. Patzelt, Christian Eichardt: Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? (2015) https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/tor/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.

SACHSEN RECHTS UNTEN 2015 EINE ANALYSE

Im Juni 2015 veröffentlichte das Kulturbüro Sachsen e.V. eine aktuelle Analyse zur Verfasstheit und den wichtigsten Entwicklungen der organisierten Neonazi-Szene und rechter Gruppen im Freistaat Sachsen. Der Titel der Publikation lautet: „Sachsen rechts unten 2015“, setzt sich aus Beispielen und qualitativen Beschreibungen aus den sächsischen Regionen in den letzten 12 Monaten zusammen und gibt die folgenden Empfehlungen:

Die etablierten Parteien müssen das Recht auf Asyl in Deutschland als Menschenrecht klar kommunizieren, Ressentiments in den Diskussionen als solche kenntlich machen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Die Wahrnehmung von Pegidisten als „besorgen Bürger_innen“ öffnet einem Dialog mit rechtsnationalen, ultrakonservativen, rechtspopulistischen und neurechten Kräften Tür und Tor und begünstigt eine Diskursverschiebung nach rechts. Dies wiederum schafft neue Anknüpfungspunkte für Neonazis in der Mehrheitsgesellschaft.

Eine Intensivierung der Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu Menschenrechten und Demokratie ist notwendig. Dialogforen mit den Bürger_innen sollten als Ausgangspunkt für eine intensive politische Bildungsarbeit in Sachsen begriffen werden. Sie müssen

Unabhängig von politischen Wetterlagen, wie PEGIDA stattfinden. Politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen allein in Schulen greift zu kurz. Auch wenn Schulen und Berufsschulen zweifellos ein sehr wichtiger Ort der Auseinandersetzung sind, muss diese auch und vor allem mit Erwachsenen und in den einzelnen Kommunen erfolgen.

Wir brauchen eine verstärkte Wertschätzungs- und Anerkennungskultur für alle, die sich aktiv für geflüchtete Menschen einsetzen und sich in ihren Kommunen in Willkommensbündnissen, Patenschaftsprojekten, Nachbarschaftshilfe, Sprachkursen u.a.

engagieren. Diese Menschen müssen mit ihrem Engagement deutlich sichtbarer werden. Beinahe flächendeckend existieren im Bundesland kleine Gruppen und Bündnisse, die sich zusammen gefunden haben, um Flüchtlinge willkommen zu heißen und ihnen den Start am neuen Ort zu vereinfachen.

Gleichzeitig müssen geflüchtete Menschen und Asylbewerber_innen in unseren Kommunen neben aller Unterstützung auch eine schnelle Einbindung in Alltag, Nachbarschaft, Schule, Beruf und Gesundheitsversorgung bekommen, um vom Hilfeempfangenden schnell zu einem anerkannten und gleichberechtigten Menschen zu werden;

Die gesamte Analyse „Sachsen rechts unten“ finden Sie hier: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php?start=5>



NEWS UPDATE



IMPRESSUM

Redaktion:
Kulturbüro Sachsen e.V.

Geschäftsstelle
Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung
Grit Hanneforth
Telefon: 0351 -272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Januar 2015

Fotos: fotolia.com, fotocase.com, Kulturbüro Sachsen e.V., Hufewiesen Trachau e.V.
Layout: HAMMERGEIGEROT